DIENSTAG, 19. OKTOBER 2021

€ 2,10
JAHRGANG 76
NR. 244, D-ME

RHEINISCHE POST

NIEDERBERGISCHE ZEITUNG

NASSER AL-KHELAIFI

Eine Begegnung auf dem Tennisplatz führte den Mann aus Katar in die Schaltzentralen des Fußballs. Sport

DRITTE DOSIS

Wer seine Impfung gegen das Coronavirus wann auffrischen sollte. Wirtschaft

ROLAND KAISER

In seiner Autobiografie schreibt der Schlagersänger erstmals über den Tod seiner Pflegemutter. Panorama

LOKALES

METTMANN

Noch genießen Gänse den Herbst

Die auf Geflügel spezialisierten Höfe der Region bieten viel Auslauf und grüne Weiden. Wer einen solchen Braten möchte, sollte jetzt vorbestellen.
SEITE D 1

ERKRATH

Hilfe bei Bankgeschäften

Mitglieder des Seniorenrats wünschen sich mehr Unterstützung von Geldinstituten für Kunden, die nicht mit dem Online-Banking vertraut sind.
SEITE D 3

WÜLFRATH

21-Jähriger randaliert

Am frühen Montagmorgen sind die Türen von zwei Supermärkten stark beschädigt worden. Die Polizei nahm einen Tatverdächtigen fest.
SEITE D 3

ZITAT

„Ich bekomme stundenlange Schluckauf-Anfälle."

Jens Riewa (58), „Tagesschau"-Sprecher und bei „The Masked Singer" als Chili enttarnt, über scharfes Essen

WETTER

Immer wieder Regen oder Sprühregen

15°	18°
Vormittag	Nachmittag

RP KONTAKT
Leserservice 0211 505-1111,
Mo.–Fr. 6.30–16 Uhr, Sa. 6.30–12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice
Anzeigenservice
0211 505-2222, Montag–Freitag 8–18 Uhr
www.rp-online.de/anzeigen

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Whatsapp-Nutzer kommen nicht zur Ruhe. Schon wieder gibt es eine Neuerung. In Kürze soll es beim Aufnehmen von Sprachnachrichten eine Pausenfunktion geben. Dies soll Menschen helfen, die beim Aufsagen längerer Nachrichten den Faden verlieren oder abgelenkt sind. Was auf 89 Prozent aller Menschen zutrifft, die Sprachnachrichten verschicken, wie private Studien ergeben. Profitieren sollen auch Empfänger, denen lange Denkpausen oder Krach von Presslufthämmern im Hintergrund erspart werden. Unklar ist bislang, an welcher Stelle der Pausen-Button eingebaut wird. Und ob sich Whatsapp erbarmt und den Senden-Button entfernt. Das wäre nämlich die größte Hilfe. csi

4 190672 802104 20042

ILLUSTRATION: ISTOCK, C. SCHNETTLER

„Scheinbar" oder „anscheinend"? „Zugutehalten" oder „zu Gute halten"? „Fron" oder „Frohn"? Testen Sie Ihr Wissen und gewinnen Sie ein Buch von Bastian Sick. Der beklagt übrigens im Interview schwindende Anforderungen im Deutschunterricht. Alles das in der **Kultur**.

Ärger um Hausrat-Hilfe für Flutopfer

Das Land gewährt Single-Haushalten bis zu 13.000 Euro für Hochwasserschäden etwa an Möbeln. Weil viele Betroffene von einem pauschalen Anspruch ausgingen, ist eine große Anzahl von Anträgen unvollständig. Die SPD ist empört.

VON MAXIMILIAN PLÜCK

DÜSSELDORF Ein Bestandteil der finanziellen Fluthilfe verursacht Frust bei den betroffenen Privathaushalten. Wie aus einer E-Mail der Landesregierung hervorgeht, die unserer Redaktion vorliegt, „ist aufgefallen, dass bei einer sehr großen Anzahl der eingereichten Anträge, vor allem für die Hausratpauschale, keinerlei Unterlagen hochgeladen wurden". In Gesprächen mit den Betroffenen sei deutlich geworden, dass die Antragstellenden davon ausgehen, dass es für die Hausratpauschale keinerlei Belege brauche, schreibt der Koordinierungsstab für die Wiederaufbauhilfe im NRW-Kommunalministerium von Ina Scharrenbach (CDU).

Der Bund hatte Flut-Wiederaufbauhilfe von 30 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, 12,3 Milliarden Euro davon entfallen auf NRW. Förderung erhalten sowohl Unternehmen als auch Privathaushalte sowie Land- und Forstwirtschaft. Bis zu 80 Prozent der Schadenssumme können ersetzt werden, in Härtefallen auch 100 Prozent.

Das nun aufgetretene Problem betrifft eine Pauschale, die zusätzlich für Schäden am Hausrat gewährt wird: Einem Ein-Personen-Haushalt stehen 13.000 Euro zu, Mehrpersonenhaushalte erhalten eine gestaffelt höhere Pauschale. Versicherungsleistungen, Spenden und Soforthilfen für denselben Zweck werden aber abgezogen.

Irreführend ist dabei offenbar der Begriff der Pauschale. So weist das Ministerium darauf hin, dass auch im Rahmen der Hausratpauschalen die erlittenen Schäden durch eigene Dokumentation nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden müssten. „Hierzu reicht es in der Regel aus, dass beispielsweise Fotos vom Schaden, eine Beschreibung der in Verlust geratenen Gegenstände, Schriftverkehr mit der Versicherung oder ähnliches dem Antrag beigefügt werden", schreibt die Koordinierungsstelle. Hilfreich seien auch Belege über erhaltene Soforthilfen. Bei Mietern sollte darüber hinaus nach Möglichkeit auch eine Kopie des Mietvertrages oder eine Bestätigung des Vermieters über das Mietverhältnis beigefügt werden: „Kaufbelege für die untergegangenen Gegenstände oder für die Ersatzbeschaffungen sind jedoch nicht beizufügen."

Auch weist das Ministerium darauf hin, dass es sich bei der Hausratpauschale um einen Höchstbetrag handle: „Das heißt, dass tatsächlich darüber liegende Schäden am Hausrat leider nicht erstattet werden können. Unterhalb der Pauschale gilt immer die tatsächlich nachgewiesene Schadenshöhe."

Die Opposition im Landtag nahm den Vorgang zum Anlass für Kritik. So sagte Stefan Kämmerling, der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Obmann im Flut-Untersuchungsausschuss, unserer Redaktion: „Diese Info zeigt, dass der Begriff der Pauschale für den Hausrat völlig falsch ist. Es wird nämlich nicht der Schaden einfach pauschal abgegolten. Es handelt sich im Ergebnis lediglich um eine Deckelung." Das ergebe sich aus zweierlei Tatsachen. Zum einen werde ein niedrigerer Schaden auch nicht in Höhe der Pauschale erstattet, sondern nur in Höhe des tatsächlichen Schadens. Und zum zweiten seien Belege über die abhanden gekommenen Gegenstände vorzulegen. „Das jetzt klarstellen zu müssen, zeigt, dass die Formulierung von einer Pauschale völlig irreführend ist. Die Leute, die jetzt schon beantragt haben, müssen das nun erst mal alle erfahren und dann nachliefern. So viel zum schlanken und unbürokratischen Verfahren", sagte Kämmerling. Er sieht die Kritik der Sozialdemokraten am Verfahren durch diese erneut notwendige Klarstellung bestätigt: „Selbst die Berater müssen immer wieder neu informiert werden, wie die Hilfen anzuwenden sind. Wie sollen dann erst die Bürgerinnen und Bürger damit klarkommen?"

Das zuständige Kommunalministerium ließ eine Anfrage unserer Redaktion bis zum Druck dieser Zeitung unbeantwortet. Es ist nicht das erste Problem, das im Zusammenhang mit den Hilfszahlungen für Flutopfer aufgetreten ist. Ende September hatten die Kommunen Alarm geschlagen, weil die Bezirksregierungen aufgrund „technischer Probleme" die Namen der Antragsteller nicht sehen konnten, was die Auszahlung behinderte.
Leitartikel

INFO

133 Tote allein im Tal der Ahr

Bilanz Bei dem schweren Unwetter vom 14. und 15. Juli waren in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mehr als 180 Menschen ums Leben gekommen. Nach ersten Schätzungen entstanden in NRW Schäden in Höhe von etwa 13 Milliarden Euro.

Opfer Allein im Ahrtal wurden 133 Todesopfer gezählt. In NRW starben 49 Menschen.

Diesel ist so teuer wie nie

Ein Liter kostet im Schnitt 1,555 Euro - noch mehr als vor gut neun Jahren.

MÜNCHEN (dpa) Der Dieselpreis an Tankstellen in Deutschland ist auf einen neuen Höchststand gestiegen. Im bundesweiten Tagesdurchschnitt des Sonntags lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter, wie der ADAC am Montag mitteilte. Damit übertraf er noch den bisherigen Rekord von 1,554 Euro pro Liter vom 26. August 2012. Auch der Benzinpreis nähert sich dem Höchststand. Super der Sorte E10 lag am Sonntag bei 1,667 Euro pro Liter. Damit fehlen nur noch 4,2 Cent zum Rekord von 1,709 Euro am 13. September 2012.

Die Spritpreise steigen seit Monaten; Treiber ist vor allem der nach dem Corona-Einbruch des vergangenen Jahres gestiegene Ölpreis, der am Montag mehrjährige Höchststände erreichte. Investoren machen sich vor dem Winter Sorgen, ob das Angebot zu gering sei. Die für Europa wichtige Nordseesorte Brent war am Montag zeitweise so teuer wie seit drei Jahren nicht mehr.

Beim Diesel wird der Anstieg zudem durch die herbsttypische hohe Nachfrage nach Heizöl verstärkt. Seit Jahresbeginn verursacht der Kohlendioxid-Preis von 25 Euro pro Tonne einen zusätzlichen Aufschlag von rund sechs bis acht Cent je Liter. Besonders drastisch ist die Entwicklung, wenn man sie mit dem Vorjahr vergleicht. Damals hatten Öl- und Spritpreise durch die Corona-Krise Tiefstände erreicht, bevor im November die Trendwende kam.

Ein großer Teil des Kraftstoffpreises an der Zapfsäule sind Steuern und Abgaben. Bei Diesel sind das auf dem aktuellen Preisniveau etwa 25 Cent Mehrwertsteuer, gut 47 Cent Mineralölsteuer und die sechs bis acht Cent aus dem Kohlendioxid-Preis.

Der ADAC warnte im Zusammenhang mit den immer weiter steigenden Spritpreisen davor, die Bevölkerung zu überfordern. „Ich hoffe – und gehe angesichts der aktuellen Spritpreissteigerung davon aus –, dass ein noch schneller ansteigender CO_2-Preis vom Tisch ist", sagte ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand in Richtung der Koalitionsgespräche von SPD, Grünen und FDP. „Die Verhandlungsparteien müssen auch an jene Menschen denken, die bisher keine Alternative zum fossil angetriebenen Pkw haben", fügte er hinzu.

Auch FDP stimmt für Ampel-Koalitionsgespräche

BERLIN (dpa) Rund drei Wochen nach der Bundestagswahl können die Koalitionsverhandlungen für eine erste Ampelregierung auf Bundesebene beginnen. Nach SPD und Grünen stimmte auch die FDP für die Aufnahme intensiver Gespräche. „Wir begeben uns nun auf den Weg, Verantwortung für Deutschland mit zu übernehmen", sagte Parteichef Christian Lindner: „Deutschland braucht eine stabile Regierung, Deutschland darf nicht führungslos sein, Deutschland benötigt eine umfassende Modernisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat."

Bisher hatten SPD, Grüne und FDP Sondierungsgespräche geführt, um unverbindlich Gemeinsamkeiten und Differenzen auszuloten. Bei Koalitionsgesprächen, dem nun anstehenden Schritt, haben die Partner eine Regierung fest im Blick.

Lindner machte deutlich, das nun angestrebte Ampelbündnis sei vor der Wahl keine Wunschkonstellation gewesen und werde wohl eher ein Zweckbündnis. Es gebe nach wie vor große inhaltliche Unterschiede, bei denen es auch bleiben werde. Diese erfordere von allen viel Toleranz und Bereitschaft zu „neuem Denken".

Am Freitag hatten die Unterhändler ein Ergebnispapier ihrer Sondierungsgespräche präsentiert. Danach sollen wichtige Steuern nicht erhöht werden. Der gesetzliche Mindestlohn soll auf zwölf Euro pro Stunde steigen. Beim Klimaschutz ist ein Kohleausstieg im Idealfall schon bis 2030 geplant.
Stimme des Westens, Politik